

Sondervermögen: Unternehmen erwarten Umsatzplus und Personalmangel

Paula Risius / Franziska Arndt, 13.02.2026

Auftragseingänge aus dem Sondervermögen und den höheren Verteidigungsausgaben erreichen schrittweise die deutsche Wirtschaft. Eine Unternehmensbefragung zeigt: Der Stellenwert der zusätzlichen Investitionen ist für die Erwartungen an Umsätze und Beschäftigung hoch.

Das Sondervermögen und die zusätzlichen Verteidigungsausgaben kommen allmählich in der deutschen Wirtschaft an: Im vierten Quartal des Jahres 2025 war der Auftragseingang insgesamt 9,5 Prozent höher als im vorangegangenen Quartal (Destatis, 2026). Die Aufträge wuchsen damit den vierten Monat in Folge und hatten den größten Zuwachs seit zwei Jahren. Insbesondere die Rüstungsindustrie konnte profitieren.

Allerdings wird ein guter Teil der höheren Verschuldung nicht zusätzlich investiert, sondern für bereits zuvor geplante Ausgaben verwendet (Beznoska et al., 2025). Das hat zur Folge, dass die Wachstumswirkung nicht voll ausgeschöpft wird. Dabei könnten Sondervermögen und höhere Verteidigungsausgaben größere Auswirkungen für Umsatz- und Beschäftigungserwartungen von Unternehmen haben, wie eine repräsentative Unternehmensbefragung aus dem Jahr 2025 zeigt.

Verarbeitendes Gewerbe erwartete die größten Zuwächse

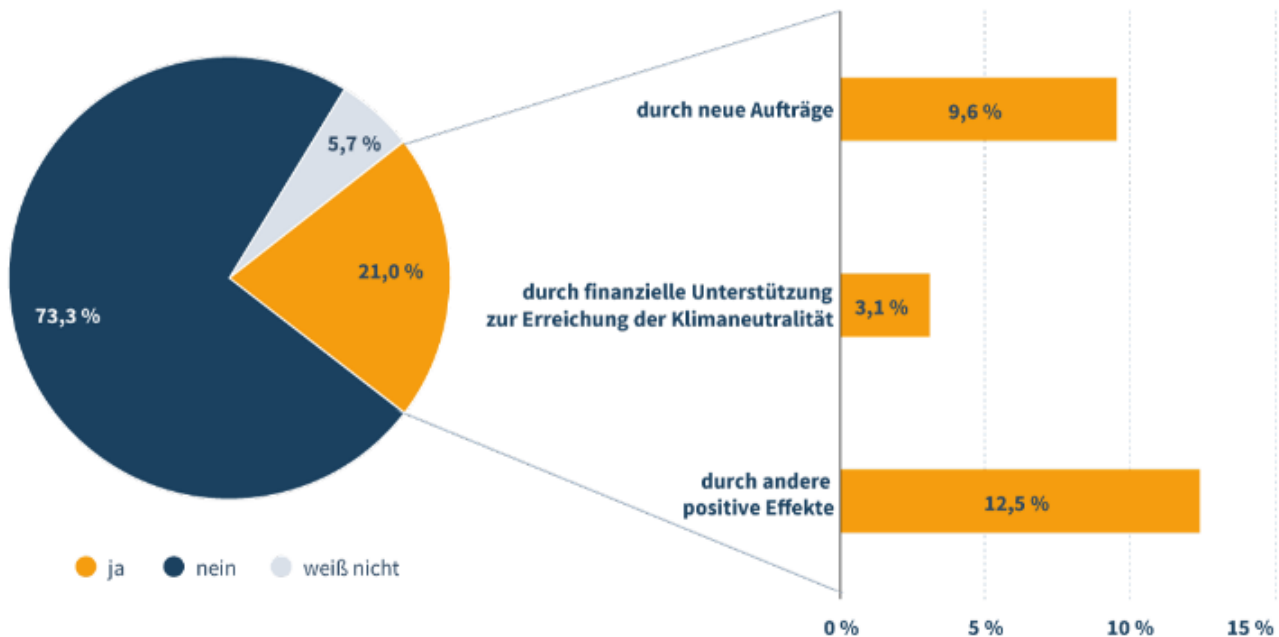
Insgesamt ging im Sommer 2025 gut jedes fünfte Unternehmen (21,0 Prozent) davon aus, durch das im September 2025 beschlossene Sondervermögen und die höheren Verteidigungsausgaben zu profitieren (Abbildung). Dabei gab es, wenig überraschend, große Unterschiede nach Branchenzugehörigkeit. Während etwa 13,3 Prozent der gesellschaftsnahen Dienstleister und 16,6 Prozent der Handels- und Logistikunternehmen einen Effekt durch die zusätzlichen Staatsausgaben erwarteten, war es bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes (28,6 Prozent) und wirtschaftsnahen Dienstleistern (26,8 Prozent) gut jedes Vierte. Die Unternehmen erwarten durch die staatlichen Ausgaben insbesondere ein Auftragsplus, wovon 9,6 Prozent ausgehen, sowie andere – oft sekundäre – Effekte, mit denen sogar 12,5 Prozent der Unternehmen rechnen.

Besonders häufig nannten sie hier beispielsweise, dass die Umsatzsteigerungen anderer Unternehmen im zweiten Schritt positive Effekte auf das eigene Unternehmen haben und auch der private Konsum und private Investitionen angekurbelt werden könnten. Auch sinkende Energiekosten und eine bessere Infrastruktur

Jedes fünfte Unternehmen erwartet positive Effekte des Sondervermögens

Anteil der Unternehmen in Prozent; Mehrfachantworten bei „ja“ möglich

Frage: „Glauben Sie, dass Ihr Unternehmen vom Sondervermögen und den höheren Verteidigungsausgaben profitieren wird?“



Quelle: IW-Personalpanel Sommer 2025, Welle 39, n = 826 Unternehmen

wurden häufig angeführt. Vergleichsweise selten erwarten die Unternehmen hingegen eine finanzielle Unterstützung zur Erreichung der Klimaneutralität (3,1 Prozent).

Sondervermögen zentral für Beschäftigungs- und Umsatzerwartungen

Die Aussicht auf positive Effekte spiegelte sich auch in Umsatz- und Beschäftigungserwartungen wider: Im Sommer 2025 gingen insgesamt etwa 31,9 Prozent der Unternehmen von steigenden Umsätzen aus. Bei den Unternehmen, die annahmen, vom Sondervermögen und den höheren Verteidigungsausgaben zu profitieren, war es sogar fast jedes zweite (48,4 Prozent).

Bezüglich der Beschäftigtenzahl rechneten etwa 19,2 Prozent aller Unternehmen mit einem Personalabbau. Auch hier fielen die Erwartungen der Unternehmen, die von positiven Effekten durch die Mehrausgaben ausgingen, signifikant besser aus: Nur 7,4 Prozent erwarteten, Personal abbauen zu müssen. Aufgrund der insgesamt angespannten Arbeitsmarktlage gingen jedoch nur 16,0 Prozent aller Unternehmen davon aus, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen zu können. Hier

zeigte sich kein Unterschied zwischen Unternehmen mit und ohne Erwartungen von positiven Effekten. Dies mag auch daran liegen, dass Personalaufbau längerfristige Perspektiven und Planungssicherheit in den Unternehmen benötigt, die bei der aktuellen Umsetzung der zusätzlichen Staatsausgaben noch nicht besteht. Ohne ausreichenden zeitlichen Vorlauf könnten sonst staatliche Mehrausgaben lediglich zu Preissteigerungen führen und nicht zu Personalaufbau (Burstedde et al., 2025).

Zwei Drittel der Unternehmen gehen davon aus, ausreichend Personal für die Umsetzung von Aufträgen aus den Zusatzausgaben zu haben. Ein Fünftel (21,6 Prozent) der Unternehmen sieht hingegen zusätzlichen Personalbedarf. Unter Großunternehmen ab 250 Mitarbeitern liegt dieser Anteil deutlich höher (32,5 Prozent). Wie schon bei den Erwartungen an Aufträge und sekundäre Effekte der zusätzlichen Staatsausgaben, zeichnet sich auch beim Personal des Verarbeitenden Gewerbes ein höherer Bedarf ab als in anderen Branchen. Während jedes sechste bis achte Unternehmen in Handel und Logistik, in wirtschaftsnahen sowie in gesellschaftsnahen Dienstleistungen aufgrund des

Sondervermögens einen zusätzlichen Personalbedarf erwartet, ist es im Verarbeitenden Gewerbe mehr als jedes dritte (36,8 Prozent). Jedes zehnte Unternehmen plant, Unteraufträge an andere Unternehmen zu vergeben.

Erschwerte Personalsuche in einem Viertel der Unternehmen erwartet

Ein Viertel (25,0 Prozent) der Unternehmen erwartet, dass das Sondervermögen und die gestiegenen Verteidigungsausgaben durch stärkere Personalsuche anderer Unternehmen aufgrund der besseren Auftragslage zu höheren Stellenbesetzungsproblemen im eigenen Unternehmen führen werden. Vier von zehn (42,4 Prozent) Unternehmen erwarten keine Veränderung ihrer Stellenbesetzungsprobleme. Im Verarbeitenden Gewerbe rechnen mit 40,3 Prozent deutlich mehr Unternehmen mit zunehmenden Rekrutierungsproblemen in Folge der zusätzlichen Staatsausgaben als in anderen Branchen. Bereits heute herrscht in vielen Berufen, die für die staatlichen Vorhaben relevant sind, ein ausgeprägter Fachkräftemangel. Das kann die Realisierung der Aufträge beeinträchtigen: Für Bauprojekte fehlten im Jahresdurchschnitt von Juli 2024 bis Juni 2025 über 10.000 Bauplaner und über 4.000 qualifizierte Tiefbau-Fachkräfte (Burstedde et al., 2025). Somit konnten über 80 Prozent der offenen Stellen rechnerisch nicht besetzt werden.

Die IW-Konjunkturumfrage rechnete im Jahr 2025 eher mit mittel- als mit kurzfristigen Effekten auf unternehmenseigene Investitionen durch das Sondervermögen (Bardt/Grömling, 2025). Die Auftragseingänge des letzten Quartals markieren somit vermutlich nur einen ersten Impuls. Steigen die Ausgaben für Sondervermögen und Verteidigungsfähigkeit, wird auch der Personalbedarf wachsen und den Fachkräftemangel in relevanten Berufen weiter verschärfen. Dies wird die Stellenbesetzung für Unternehmen erschweren.

Damit der Fachkräftemangel die Umsetzung des Sondervermögens und die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit nicht hemmt, ist es für Unternehmen zentral, sämtliche Hebel der Fachkräftesicherung zu nutzen. Hierzu gehören eine intensivere Ausbildung von Nachwuchskräften, die gezielte Rekrutierung aus dem Ausland, das Anwerben von Frauen für die oft männlich

geprägten Berufe der betroffenen Branchen, eine längere Beschäftigung erfahrener Fachkräfte sowie die Integration und effiziente Qualifizierung von Quereinsteigern.

Literatur

Bardt, Hubertus / Grömling, Michael, 2025, Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung, in: IW-Trends, 52. Jg., Nr. 4, S. 71–88

Beznoska, Martin / Burstedde, Alexander / Hentze, Tobias, 2025, Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität: Bund investiert nur wenig zusätzlich, IW-Kurzbericht, Nr. 81, Berlin/Köln

Burstedde, Alexander / Puls, Thomas / Tiedemann, Jurek, 2025, Risiken für die Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität. Kapazitätsengpässe dürften zu Verzögerungen und Preissteigerungen führen, IW-Report, Nr. 42, Köln

Destatis – Statistisches Bundesamt, 2026, Indizes des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/table/42151-0004/> [6.2.2026]

IW – Institut der deutschen Wirtschaft, 2025, IW-Personalpanel, 39. Welle, www.iwkoeln.de/themen/iw-panels/iw-personalpanel.html [9.2.2026]

Das IW-Personalpanel

Die Auswertungen basieren auf dem IW-Personalpanel, einer repräsentativen Unternehmensbefragung, die mehrmals jährlich vom Institut der deutschen Wirtschaft durchgeführt wird. In der 39. Welle wurden 826 Personalverantwortliche zu den Themen Quereinsteiger im Beruf, Auswirkungen der Sondervermögen auf die Fachkräfterekrutierung, politische Diskussionen innerhalb der Belegschaft sowie Mitarbeiter-Wohnen befragt. Die Daten wurden vom 17.07.2025 bis 30.08.2025 erhoben.

Wenn Sie an zukünftigen Befragungen des IW-Personalpanels teilnehmen möchten, können Sie sich hier unverbindlich registrieren: <http://www.iw-panel-anmeldung.de/>